

Heiligs
im N
urte
sch
g'

Die sich verschärfende Wirtschaftskrise brachte weiterhin einen ungeheuren Arbeitslosigkeit mit sich, die sich wegen der bisherigen übernommenen sozialen Verpflichtungen in katastrophaler Weise für den Staatshaushalt auswirkte. Die Erwerbslosen, die sich noch von der Reichsanstalt in ihren April-Gutachten mit 1,5 Millionen im Jahresdurchschnitt angenommen wurde, ist auf über drei Millionen gestiegen und droht bald 3,5 Millionen zu erreichen. Da in Winter mit 4,5 Millionen Erwerbslosen zu rechnen ist, so wird der Staatshaushalt im Jahresdurchschnitt mit 1,5, sondern von 3,5 Millionen anzunehmen sein. Das bedeutet, daß die Reichsanstalt nicht auf parlamentarischen Wege den Abbau der Sozialversicherung und die Einführung von neuen Steuern durchführen. Die verschiedenen Interessengestirke lieben nicht die brutale Lösung, zu die die deutsche Bourgeoisie zur Erhaltung ihres Profites unbedingt für notwendig hielt. Außerdem drängte auch ein großer Teil der parlamentarischen Parteien auf die Ausübung der offenen Diktatur. Das Brüning-Kabinett war in seiner Zusammensetzung durchaus auf die Durchführung dieser Diktatur bedacht. Der Reichstag hatte sich gleich zu Beginn der Übernahme dieses Amtes von Brüning mit der Diktatur durch notwendigen formellen Vollmachten geben lassen. Vom 1. April bis zum 18. Juli hatte das Kabinett mit der Drohung des Artikel 48 eine parlamentarische Lösung erzwungen. Die letzten Forderungen des Kabinetts wirkten aber für die auf die Erhaltung der parlamentarischen Illusionen bei den Massen eingestellten sogenannten Linksparteien und bei den auf die Diktatur hin arbeitenden rechten Gruppen, so daß es zu einem gemeinsamen Vorgehen kam. Wenn nach den nächsten der Verfassung nunmehr Neuwahlen ausgesprochen wurden, so schah dies lediglich, um noch einen letzten parlamentarischen Versuch zu machen. Der Reichsminister Treuvarus, der Vertrauensmann von Hindenburg, hat in mehreren Wahlversammlungen öffentlich erklärt, daß der neugewählte Reichstag sofort wieder aufgelöst wurde, wenn er nicht die von der deutschen Bourgeoisie für notwendig gehaltenen Steuern und den erforderlichen Abbau der Sozialversicherungen bewilligen würde. Aus dieser Erklärung geht ganz klar hervor, daß die deutsche Bourgeoisie die Wahlentscheidung ist, die die Verfassung in dem von ihr geplanten Maße vorzuschreiben hat, und daß die Wahlen entscheiden. Die deutsche Bourgeoisie, preßt auf die Demokratie, sie preßt auf den Parlamentarismus. Heilig ist ihr nur ihr Profit.

Beiträge zum Parlamentarismus

Parlamentsherrschaft ist das Steckenpferd der Fachpolitiker, die durch lange Reden in der „Quastbude“ ihre Unentbehrlichkeit zeigen wollen. Ihnen glaubt der Diktator des Proletariats, denn wo bleiben sie dann? Wenn statt lange Reden zu halten praktisch gearbeitet werden muß, sind sie in der Tat unbrauchbar.

hat allein die Revision der Ostgrenze als außenpolitisches Ziel aufgestellt. Er hat damit eine scharfe Abwehr durch das Entente-kapital hervorgerufen, so daß die Regierung Brüning sich verpflichtet sah, diesen außenpolitischen Vorstoß Treviranus wieder abzuschwächen. Allen die rechten Flügelparteien, die National-sozialisten und die Hugenbergpartei, sowie die KPD, haben für den Wahlkampf die Beseitigung des Young-Plans und der damit verbundenen Verpflichtungen als Forderung aufgestellt. Die deutsche Bourgeoisie denkt also gar nicht daran, gegen den Youngplan vorzugehen. Ihr Ziel ist lediglich, die Lasten des Youngplans auf das Proletariat abzuwälzen.

Die ungeliebte Wirtschaftspolitik hat auch zu einer **Zersplitterung** der bisherigen Parteien geführt. Die Interessengegensätze zwischen Landwirtschaft und Industrie, zwischen Industrie und Kleinbürgertum, zwischen Großagrarkreisen und mittleren und kleineren Bauern war so groß, daß ihre Zusammenfassung in einer Organisation nicht mehr möglich war. Infolgedessen kam es zu einer völligen Zersplitterung und Auflösung der typischen bürgerlichen Parteien in die Parteien der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten, während die Zentrum als durch den katholischen Glauben zusammengehaltene Organisation sich gegenüber den wirtschaftlichen Interessengegensätzen als tragfähiger erwies. Nach der Wahl kam es infolgedessen zu einer Konstituierung verschiedener neuer bürgerlicher Parteien. Es fand also eine neue Sammlung der Interessengruppen statt. Am typischsten war der völlige Zerfall der Demokratischen Partei, die sich von heute auf morgen ohne besondere Schwierigkeiten in eine deutsche Staatspartei verwandelte. Diese Partei der Deutschen Staatsbürger war eine ungeliebte Mischung zwischen Schwarz-Weiß-Redt und Sozialdemokratie. Die deutsche demokratische Partei vereint sie in sich das monarchistische und das republikanische Deutschland. Der Jungdeutsche Orden des Hochmeisters Mahrman, eine nationale und nationalisierte Organisation vereint sich mit der Partei des internationalen Finanzkapitals zu gemeinsamen Wählgang. Damit hat die demokratische Partei ihre Reife- und die Durchführung der faschistischen Diktatur durch den Reichskriegsminister Goebbels brachte zur Unterstützung ihrer Ziele ebenfalls wie die anderen demokratischen Parteien eine militärische Organisation. Das Reichsbanner war zu stark sozialdemokratisch versucht, um als offene Hilfspitze für die nummern von den Patentrepublikanern erstrebte Diktatur dienen zu können.

Diese Frage ist der Kernpunkt, um den sich heute alles dreht und von dem die nächste Zukunft abhängt.

Sozialdemokratie und Parlamentarismus.

Von Wilhelm Liebknecht
 (Aus dem "Schrift Ende der 70er Jahre")

Die Sozialdemokratie hat sich keinen Umständen und auf keinem Gebiet mit den Gegnern verstanden. Und trotzdem kann nur, wo eine gemeinsame Grundlage besteht, mit prinzipiellen Gegnern verhandelt, heißt sein Prinzip offen. Prinzipien sind nicht zu verhandeln, sondern zu erwidern oder ganz geopfert, was anderes gibt es nicht. Die gezielte politische Konzeption ist die Aufgebung des Prinzips. Wer mit einem parlamentarischen Parlamentarier, wer parlamentarisiert, paktiert, der hat sich abgeben. Und das ist die Gefahr. In diesem Punkt hat eine Beteiligung unserer Partei an den Parlamentsdebatten nicht den mindesten praktischen Nutzen. Ebenso praktisch ist die Beteiligung an den parlamentarischen Ausschüssen vorzuziehen – und nicht so lächerlich. Die Führer der Sozialdemokratie wissen sehr gut, was wir wollen. Ihnen gegenüber, wie überhaupt den im Reichstag fast ausschließlich vertretenen Sozialdemokraten, ist die Sozialdemokratie keine Frage der Theorie mehr, sondern eine Machfrage.

Aber angenommen, die Regierung mache von ihrer Macht aus Kraftgefühl und Berechnung keinen Gebrauch, und es gelinge, wie das der Traum einiger sozialistischer Phantasie-Politiker ist, eine sozialdemokratische Majorität in den Reichstag zu wählen, was sollte die Majorität tun? Hei Rhodus, hei salta. Jetzt ist der Moment die Gesellschaft umzugestalten. Die Majorität faßt einen weltgeschichtlichen Beschluß, die neue Zeit zu eröffnen — nicht man jagt die sozialdemokratische Majorität zum Tempel hinaus, und gibt ihr Gelegenheit, über ihr Don quichotesches Treiben nachzudenken.

Nicht einen Vorteil! Und nun auf der anderen Seite die Nachteile: das Prinzip geopfert, der ernste politische Kampf zur parlamentarischen Spiegelfechterei herabgewürdigt, das Volk zu dem Wahn verführt, der bismarcksche Reichstag zur Lösung der sozialen Frage berufen — Und wir sollen „aus praktischen Gründen“ parlamentieren? Nur der Verrat oder die Kurzsichtigkeit kann es uns zumuten. —

Revolutionäre Arbeiterpartei und kleinbürgerliche Demokratie.
Von Karl Marx

Errichtung einer selbst genügenden Wirtschaft ist bei der Überbevölkerung Deutschlands absolut ausgeschlossen. Das deutsche Kapital braucht den Weltmarkt. Es kann nicht einen zweiten Ruhrkrieg riskieren, der eine zweite Inflation zur Folge haben würde. Es liegt auch keine Veranlassung zu dem Risiko eines Kriegees vor, wenn sich die vom EntenteKapital geforderten zwei Milliarden auf das Proletariat abwälzen lassen. Allerdings kann eine Revision des Youngplans nichts schaden. Dem deutschen Kapital wäre eine Steigerung seines Profits auf diese Weise sicher zufließen. Die Sperrung in den Exporten des deutschen Rohmaterials durch die Entente ist ein Programm auf das innenpolitische Ziel, der Versuch von Trevisan, auch eine Revision von nationalem Programm gegen das EntenteKapital mit der Forderung der Revision der Ostgrenze aufzustellen, scheiterte im ersten Anlauf an der Drohung des EntenteKapitals. Dazu genügt es, das ausländische Kapital durchaus mit einer offenen Diktatur des deutschen Kapitals einverstanden, wenn diese Diktatur die Durchführung des Youngplans garantiert. Es wäre ihm selbst sehr lieb, wenn eine parlamentarische Regierung erfolgen würde, da eine faschistische Diktatur gleichzeitig eine Verschärfung des nationalen Gegensatzes, eine stärkere Orientierung bedeuten würde. Ein weiterer charakteristischer Zug in dieser Wirtschaftskrise ist ein ungeheures Anwachsen des Nationalismus. Symptom ist u. a. all anderen Wirtschaftskrisen das Aufklopfen der Nationalität. In diesen Krisen durch aufkaplopfende Momente die Volkswissen von der eigenen Unterdrückung abzulenken. Das ausländische Kapital ist der Sündenbock. Es ist verantwortlich für die Elend und die Not. Die deutsche Bourgeoisie hat es in dieser Beziehung außerordentlich leicht, weil der Youngplan mit seiner Belastung mit zwei Milliarden ein treffliches Beispiel für diese Schuld des Auslandes ist. Das deutsche Kapital verschweigt dabei, daß diese Schneidenschneidenschaft die Folge des verlorenen Krieges ist. Es verlangt vom EntenteKapital die Streichung des Tributs und findet dabei selbstverständlich die Unterstützung breiterer Massen, welche enttäuscht sind über die Ffolge der von der Sozialdemokratie propagierten Erfüllungspolitik. Das deutsche Kapital seinen Aufstieg über die Erfüllungspolitik vollziehen. Die Sozialdemokratie hat sich dem nicht getraut. Es sucht sich jetzt die Hilfe des Proletariats, um durch die Arbeiterschaft die vollen Profit an der Ausbeutung der Arbeiterschaft zu sichern. Die Arbeiterschaft und das von der Rationalisierung ergriffene und zertretene Kleinbürgertum fühlen sich durch den „Marxismus der Sozialdemokratie“ verraten. Der eine Teil klärt den nationalen Phrasen nach, während der andere Teil in ihrer Erkenntnis der Grundlage des Verrats der Sozialdemokratie sich zu den Prinzipien des revolutionären Marxismus bekennt.

Die Kommunistische Partei, welche die Ausstreckungsgefahr durch die Hochflut des Nationalismus innerhalb der Arbeiterklasse befürchtet, wird selbst von der nationalsozialistischen Seuche befallen. Sie beginnt, mit den Nationalsozialisten im Nationalismus zu konkurrieren. Der „Genosse“ Thälmann hat eine Programmerkklärung zur nationalen und zur sozialen Befreiung des deutschen Volkes, dem ZK vorgelegt, die geradezu einen Knebel vor dem Nationalsozialismus bedeutet. Zu seiner Entschuldigend sei gesagt, daß diese Erklärung nicht sein eigenes Hirnprodukt ist, sondern im Kopfe des „Genossen“ Heinz Neumann entstanden ist, aus dessen Artikel über die Internationale Befreiung der deutschen Reichsgaube große und entscheidende, weitteilige Wirkung hervorgeht. Es wird die Konstituierung des Proletariats als Nation propagiert. Die Nationalsozialisten, die Nation nicht die schärfsten Gegensätze sind. Das Proletariat stützt ja gerade die Nation. Es wird niemals zur Nation. Es ist geradege a-national. Das Programm wendet sich weiter, gegen den Verkauf der nationalen Interessen durch Hitler. Es ist die gleiche Satz enthalten: Wir Kommunisten sind gegen die auf Grund des Versailler Gewaltfriedens durchgeführte territoriale Zerreißung und Ausplünderung Deutschlands. Ferner: Wir Kom-

sollen wie bisher, nur wünschen die Kleinbürger den Arbeitern besseren Lohn und eine gesicherte Existenz, und hoffen, daß durch eine teilweise Beschäftigung von Seiten des Staates die Arbeiter zu einem Teil von den Sorgen befreit werden könnten. Sie hoffen die Arbeiter durch mehr oder minder versteckte Almosen zu bestechen und ihre revolutionäre Kraft durch momentane Erdrückungsmache ihrer Lage zu brechen. — In gegenwärtiger Augenblick predigen diese demokratischen Kleinbürger den Proletariat im allgemeinen Elendigung und Versörmung, sie bieten ihm die Hand und streben nach der Herstellung einer großen Oppositions-Partei die alle Schattierungen umfaßt. Eine solche Partei würde die Arbeiter zu einem Teil zu sich aufsaugen, und die Kleinbürger zu einem Teil zu sich anheften. Das Proletariat würde seine ganze selbständige, selbstverkaupte Stellung verlieren und wieder zum Anhänger der offiziellen bürgerlichen Demokratie herabsinken. Diese Verhältnisse muß also auf das entschiedenste zurückgewiesen werden.

Es versteht sich, daß bei den bevorstehenden blutigen Konflikten, wie bei allen früheren, die Arbeiter durch ihren Mut, ihre Entschiedenheit und Aushoerung hauptsächlich werden den Sieg zu erkämpfen haben. Wie bisher werden auch die kleinen, mittleren und großen Kleinrentner, die sich meist zögernd, unschlüssig und unläufig verhalten um dann, sobald der Sieg entschieden ist, ihn für sich in Beschlag zu nehmen, die sogenannte Exaktoren- und Heimbauern-Partei aufzufüttern. Gegenwärtig ist die Arbeiter-Partei, die Partei von den Früchten des Sieges auszuschließen. Es liegt nicht in der Macht der Arbeiter den demokratischen Kleinrentnern, die sich in der Arbeiter-Partei nicht zu finden nehmen das Auskommen zuzerücken dem bestenfalls zu ersuchen und ihnen solche Bedingungen zu diktiert, daß die Herrschaft der Kleinrentner von vornherein den Keim des Scheiterns in sich trägt. Die Arbeiter-Partei wird durch die Herrschaft der Arbeiter erleichtert, wie die Arbeiter müssen dafür sorgen, daß die unmittelbare revolutionäre Aufrechter nicht sozgleich nach dem Siege wieder unterdrückt werden. Sie müssen sie im Gegenteil so lange wie möglich aufrecht erhalten.

musisten werden uns für das volle Selbstbestimmungsrecht aller Nationen einsetzen. Zum Schluß wird in diesem historischen Dokument zur Errichtung von Sowjetdeutschland aufgefordert. Es wogt national und revolutionäre Phrasologie durch einen Satz: Die KPD, bezeichnet sich als die einzige Partei, die wirklich für den allgemeinen Wohlstand und wirklich antikapitalistisch ist. Sie erklärt feierlich vor den Völkern der Erde, daß sie im Fall der Machtübergabe keine Verpflichtungen aus dem deutschen Kartell als auf Grund des Versailler Vertrages annehmen würde. Sie verspricht Erlösung vom Finanzkapital. In ihrer Programmklärung schmiegt sie sich eng an die Forderungen der Nationalsozialisten an und gibt ihnen lediglich ein proletarisches Vorzeichen. Schon daraus ergibt sich, wie stark der Nationalsozialismus des Jahres 1923 in der KPD, wieder zur Tat geworden ist. Man glaubt die Ergüsse der Ruth-Fischer-Zentrale aus dieser Zeit wieder vor sich zu haben. Der Kurs ist zwar dabei nach außen antifaschistisch. Es wird keine Vereinigung mit den Faschisten erstrebt. Praktisch wird diese Vereinigung durch die Forderung an den Nationalismus der Nationalsozialisten vollzogen. Es ist ein Nationalsozialismus ohne Verbrüderung mit den Nationalsozialisten. Aus dieser Programmklärung geht klar hervor, wie weit der leninistische Kurs der Selbstbestimmungserklärung der Völker kontrarevolutionär ist und wie stark, zumal wenn es sich um den Kampf für die proletarische Revolution handelt.

Die deutsche Bourgeoisie kämpft für ihre verschärfte Diktatur unter Beibehaltung des Youngplans. Sie kämpft gegen den Youngplan mit Hilfe der von ihr bezahlten nationalsozialistischen Propaganda. Die SPD will die Illusionen der bürgerlichen Demokratie aufrechterhalten wissen. Sie ist auf dem Weg für diesen Preis jede Konzession dem Kapital zu machen. Die „einzige Arbeiterpartei Deutschlands“, die KPD, verfällt in Nationalismus und versucht durch Nationalbolsewismus Hammer für die Wahl heranzutreiben. Das Ziel eines Sowjetdeutschlands liegt ihr vollkommen fern. Sie müßte wissen, daß sich dieses Sowjetdeutschland nicht parlamentarisch verwirklichen läßt. Es hängt von der revolutionären Energie der Arbeiterschaft ab, ob das Kapital mit seinem Ziel durchkommt. Gegen die offene Feindschaft der Diktatur des Kapitals gibt es nur die Möglichkeit eines Stützpunktes der Bourgeoisie und die Machtergreifung des Proletariats. Der Parlamentarismus ist als Hilfsmittel zur Aufrechterhaltung der Herrschaft der Bourgeoisie bis endgültig seine Rolle ausgespielt. Die Geschichte hat diesen demokratischen Betrug restlos entlarvt.

Die Polizeibestien sollen KPD. wählen!

Der Zweck heiligt die Mittel. Das ist das Prinzip aller parlamentarischen Massenbetrüger. Und im Wahlkampf muß alle Skrupellosigkeit herhalten, um recht viele Mandate zu erringen. Davon macht auch die „einzige Arbeiterpartei“, die „bolsewischste“ Partei Deutschlands, keine Ausnahme. Sie ist nämlich in den Spalten der deutschen Stalinpresse zu lesen, daß nur die KPD, die Interessen des deutschen Volkes „!“ wahrnimmt, und zum „deutschen Volk“ gehören tatsächlich auch die Hüter des heiligen Privatgeiztums, die sogenannten „Proletariat“ im Waffenrock. So heißt auch die KPD, um die Stimmen derer zum 14. September. Wir lesen da in der „Roten Fahne“ vom 16. August 1930:

Pflichtbeamte!
Alle Parteien haben Euch verraten, haben sie Eurer Entrechtung und Ausplünderung zugestimmt.
Nur die Kommunisten haben sich stets rückhaltlos für Eure Belange eingesetzt.

Nur sie fordern an Stelle des Notopfers die rücksichtslose Besteuerung der großen Vermögen, den Gehaltsabbau bei den oberen Beamten, die Kürzung ihrer Riesenpensionen. Darum bekennet Euch am 14. September zum revolutionären Kampf der KPD!

Nachdem man das gelesen hat, muß man sich fragen: Soll man lachen oder heulen? Denn in der gleichen Nummer der „Roten Fahne“ erscheint folgende Charakterisierung der Gummiknuppelhelden:

Polizeiantrag gegen rote Wahlhelfer.
Am Freitagabend um 7 Uhr trafen sich ungefähr 500 Angehörige der Arbeiterpartei an der Alster für ein Scherenschnitt. Nach Ansprache eines Genossen, der die versammelten forderte, mit den Kommunisten zu kämpfen, zu agitierten und rote Wahlhelfer zu werben, formierte sich der Zug und zog in die Alsterstraße. Die Fackel- und Fahnenzüge, die dem Zug vorausgingen, wurden von einem Feindkuglenverbreitenden gesculdet. Die Arbeiter formierten sich nach jeder Attacke immer wieder, und es bemächtigte sich der Schupos eine derartige Nervosität, daß die viele Flitzer und Schupos in die Alster sprangen. Die Arbeiter wurden auf- und abgesehen, ein Hin- und Herrennen der wütenden Polizeibestien zu beobachten, wie sie sich wie Wahnsinnige verhielten und wie von Tobensicht erfüllt, von ihrem Gemütszustand gezeichnet, sich an dem wieder ein Stückchen weiter bewegten. Die Arbeiterpartei wurde durch die Polizei

Im Barrikadenviertel ging die Polizei in Stärke von 140 Mann mit ungeheurerlicher Roheit gegen die Demonstranten vor, teil verbotene Lieder gesungen sein sollen. Noch ehe der Zug aufgelöst war, gingen die Polizisten zu Gummiknüppel-tacken über.

Auf der einen Seite streut die KPD, also ihre Liebe für die Arbeiter des Staates aus und auf der anderen Seite sind sie die Bestien, die den Proleten mit dem Gummiknüppel die Köpfe einschlagen. Diese Doppelzüngigkeit der „KPD“ ist allerdings nicht neu. Daß die Arbeiter der KPD, wenn sie widerständig nicht sehen, oder die Arbeiter, wenn sie nicht widerständig sind, auf dem Niveau und Klassenbewußtsein der KPD, was kann das Proletariat mit diesen Lumpenproletarischen Elementen gemein haben, die sich in den Dienst der herrschenden Klasse stellen zur Niederschlagung des Proletariats? Sie verdienen nur allgemeine Verachtung. — Daß die KPD, diese Partei, die sich als die Partei der Arbeiter bezeichnet, im Kampf zu gewinnen, zeigt nur allzu deutlich, daß das Gipfel politischer Einheit bei den Thälmann u. Co. ist.

Den Arbeitern der KPD, muß noch bei aller Freundschaftlichkeit gesagt werden: macht Propaganda unter den Knechten des Kapitals, den Bestien, daß sie euch die Stimme geben wollen, dann verdient Ihr aber auch den Gummiknüppel dieser Bestien. Das klassenbewußte Proletariat wendet sich mit Scheu von diesem parlamentarischen Kretinismus.

B

Diese Frage wird unzählige Male den revolutionären Arbeitern als Antwort gestellt, wenn sie ihren Klassengenossen in den Betrieben, auf den Stempelstellen oder in öffentlichen Versammlungen von dem nutzlosen Beginnen des Wählens und der direkt konrevolutionären Auswirkung des Stimmzettels „Kampfes“ überzeugen wollen.

„Dann ist ja niemand mehr da, der der Bourgeoisie entgegensteht und die ‚Wahrheit‘ sagt. Ja, dann haben sie's gemacht, und ich habe's nicht gemacht, was sie wollen.“ Nein, nein, das ist nicht die Antwort. Wahlen müssen wir, schon um den Herren zu zeigen, daß wir auch noch da sind: — und heimlich schwört sich dann jeder: „diesmal. werde ich aber doch mal den Richtigen wählen.“

Gemeint ist nun oft die KPD. Denn diese Partei erscheint dem noch oberflächlich denkenden Arbeiter revolutionär, und sie will ja auch nicht gegen die Arbeiterintelligenzen verstoßen. Wie die Noske-Partei es immer getan hat. „Und wenn ihr nicht immer als KAPD, etwas besonderes hättet, sondern euch mal mit den „Kommunisten“ einigen würdet, dann wären wir auch schon viel weiter. Ihr seht doch selbst, daß die Massen noch nicht so weit sind.“

Damit hat meistens die Diskussion ihren Abschluß gefunden, denn gegen die „Massen“ gibts keine Widerrede; wo die sind, da ist's richtig.

Also wählen wir doch. „Wenns auch nicht viel nützt“ – wird oft noch hinzugefügt – „schaden tuts auch nicht“. Dazu wollen wir noch mal einiges sagen. In theoretischer Hinsicht sind in diesen Spalten schon verschiedene Artikel erschienen, die sich mit dem Parlamentarismus beschäftigen und auch den aktiven Antiparlamentarismus prinzipiell behandeln. Doch wissen wir, daß das Proletariat den tiefen theoretischen Erörterungen oft noch geradezu hilflos gegenübersteht. Daß wohl viele Proletariatinstinkte der zwingenden Logik der Sache zustimmen, daß sie sich sagen: „Ich hab's wohl verstanden, aber es sind doch nicht alle so weit, wie ich das mitteilen darf.“ Stimmt! Niemand hat das besser erkannt als die KAPD. Auf dieser Erkenntnis fußt ja gerade ihr Programm.

Der Kommunismus ist nicht die Sache einer Gruppe oder einer Partei, sondern ist die ureigenste Angelegenheit der proletarischen Klasse. Der Kommunismus nun als höhere Gesellschaftsordnung ist aber das Gegenteil der bürgerlichen Gesellschaftsordnung und hat nichts, garnichts mit den Institutionen des bürgerlichen Kapitalismus zu tun. Im Kommunismus wird produziert nach dem Bedürfnis der Menschen, während im heutigen System der Produktion nur der Profit und nur dieser maßgebend ist. Alle Institutionen dieser Gesellschaftsordnung sind auf diesem Punkt verpflichtet und müssen sich ändern auch in diesem Sinne. Die Rentabilität des Unternehmens erfordert es, sagt auch der „rote“ Magistrat und überaus viele Beauftragte der „roten“ Industrie.

Jeder Proletarier nun, — auch wenn er es abstreitet — dokumentiert durch Abgabe seines Stimmzettels, daß er zu dieser Gesellschaftsordnung doch noch etwas Vertrauen hat. Jeder ganz konkret, ganz bestimmt ausgedrückt, um keinem Zweifel zu begegnen: daß er zu dem „Erwählten“, der anders als die Anderen sein soll, viel oder doch etwas Vertrauen hat. Dem Mann, dem er seine Stimme gibt, hat er so mit einer politischen, führungsbefugten

Der völkische Kleinbürger glaubt, daß sein Mann nun die eckigen Juden in Raison halten wird; und mancher Grün-amfritze möchte selbst mal so reich, so wohlhabend sein, wie es die verfluchten Juden „alle“ sind. Von dieser Sorte ist weniger die Rede sein.

Schwieriger erscheint die Frage bei den Klassengenossen, die den Kommunismus wollen und doch wählen gehen; nämlich die Genossen der KPD. Eigentlich müßte doch gerade der Parlamentarismus, der „der revolutionäre“ genannt wird, mit seinen ganz logisch eingetrossenen Resultaten, die sich-revo-

donär und klassenbewußt nennenden Arbeiter der KPD, von der gemeinfleißfröhlichen, konterrevolutionären Tendenz ihres Mannes überzeugt haben. Es sei hier in diesem Zusammenhang nur an die Schweinereien der Arbeiterregierungen von 1923 erinnert. Doch weit gefehlt. „Das waren eben Opportunisten und Reformisten, die Brandler, Heckert und Böttcher und wie noch alle heißen mögen. Jetzt haben wir's geschafft, jetzt eine „linke“ Führung am Ruder; und wir Proleten haben's richtig durchgeführt. Organisatorische „Sicherungen“ werden getroffen, jeder Abgeordnete muß solch Ding unterzeichnen und wer sich nicht flügt, fliegt.“

Der oberflächliche Beobachter, der noch nicht ganz mit der gergerlichen Ideologie gebrochen hat — wie er sich nennt, spielt keine Rolle — hofft wieder und wird vielleicht, so im letzten Moment rasch noch zur Wahl gehen.

Ist nun irgend ein Grund vorhanden, es doch noch mal

wenns auch das letzte mal ist, zu versuchen? Die Frage so gestellt, heißt die Frage auf das Gebiet der Moral von Gut und Böse zu schieben. Doch damit hat das Versagen des Parlamentarismus nichts zu tun. Welches sind denn nun aber die wirklichen Interessen, wird der ungeduldige Prolet fragen? Und da sagt die KAPD, und AUAU, folgendes: Vermittelt der dialektischen Denkweise, die uns Marx und Engels übermittelt haben in historischen Materialismus, wissen wir, daß das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein bestimmt. Menschen bestimmen. Jeder Kandidat nun wird, wenn er von der Arbeiterklasse ins Parlament entsandt wird, durch seine Tätigkeit als Abgeordneter der proletarischen Klasse entfremdet — falls er überhaupt aus ihr hervorgegangen ist — und stellt ganz naturgemäß ein klassenfremdes Element innerhalb seiner proletarischen Organisation dar. Von den Berufsfremden, die aus dem Lager des Kleinbürgertums sich zum Proletariat aus „reiner Menschenliebe“ gnädigst herabbeugen, um dessen Leidensschmerz vermitteln ihrer Existenz zu erringen und ihren Ehrgeiz befriedigen zu können, soll hier nicht gesprochen werden. Diese sind nun Konkurrentenritter.

Sondern von echten, ehrlichen und kampferprobten Proletariats soll hier die Rede sein. Dieselben werden nun durch das Herauslösen aus ihrer Umgebung, aus dem proletarischen Mutterboden, langsam aber sicher zum Kleinbürger, der sich im Interesse seiner Existenz sehr radikal zu gebärden hat, aber sonst gern besser leben will. Treten dann nun politische Hochspannungen ein, wenn die Klassentat geboren aus dem Bewußtsein, gelten soll und nur allein gilt, dann kommt zweierlei zum Vorschein.

Erstens, das Proletariat, weil es seinen Kandidaten sein Vertrauen entgegengebracht und mit seiner politischen Führung betraut hat, hofft und wartet auf die selbstlos und selbstverleugende, wagemutige und zielklare Führung. Der Parlamentarier hält jedoch den Zeitpunkt noch für verfrüht und weicht der Tat ab. Aus Zweifeln, er kann die betreffende Klasse nicht gewinnen wollen, denn seine Interessen sind ja längst anders als die seiner Klassengenossen und die des Proletariats überhaupt. Die Massen dieser Organisationen stehen jetzt zögernd und unentschieden da und warten. Selbständiges, bewußtes Handeln im Sinne der Klasse ist ihnen fremd, trotz des guten Willens zur Tat. Der Parlamentarier ermahnt dann noch, sich nicht unnütz provozieren zu lassen und zu spielen. Leicht ist es ihm nachher zu beweisen, daß die Massen eben noch nicht reif waren.

Dieses Bild, welches die deutsche Arbeiterklasse seit 1914 schon viele Male erlebt hat, wobei sie selbst stets Objekt gewesen ist, wird auch in Zukunft noch des öfteren zu sehen sein; wenn die Arbeiterklasse immer wieder wählt zum Amüsement der Bourgeoisie. Nicht umsonst ertönt täglich in der gesamten Tagespresse der Ruf: Wahlrecht ist Wahlpflicht!

Die positive, die aktive Seite des Nichtwählens des revolutionären Proletariats besteht darin, daß diese Bewußten Antiparlamentarier dokumentieren, endlich mit der bürgerlichen Ideologie gebrochen zu haben und sich über die Aufgaben des Proletariats in der Epoche der proletarischen Revolution klar sind, und für die Unruhr der Bourgeoisie neben ihren geduldeten parlamentarischen Trabanten, die sie als Hohngeklächter übrig haben. Der nächste Schritt fosse proletarischen Denkens wird sich im organisatorischen Zusammenschluß äußern müssen und auch äußern.

und weil dieser, weil die Proletariat, die bewußt nicht wählen, — werden auch die Faulenzer wird sich kein Revolutionär berufen — werden und können nur den Kommunismus wollen. Darum werden sie sich auch so organisieren müssen, daß der Kommunismus mit diesen Organisationen aufgebaut oder errichtet werden kann. Die Erfahrungen der revolutionären Kämpfe des internationalen Proletariats haben sich in dem revolutionären Räteismus zusammenschweiß. Dies ist die Grundlage für den Kommunismus und auch die Herrschaftsform des Proletariats, also Klasse.

Verkörpert ist das Räte-system, und hat es seine freie Initiative im Gegensatz zum gesamten bürgerlichen Machtapparat nebst allen parlamentarischen Parteien in den revolutionären Betriebsorganisationen und in der Kommunistischen Arbeiterpartei.

Wenn das revolutionäre Proletariat in Erkenntnis seines Klassenziels nicht wählt, so wird der Prozeß der Selbstbewußtseinsentwicklung wesentlich beschleunigt werden und seinen organisatorischen Niederschlag in der Stärkung seiner Klassenkampforganisationen finden. Es wird dann, und dies ist der positive Gewinn, die Bourgeoisie nebst Kleinbürgertum, für jeden Proletarier erkenntlich, ganz unter sich sein. Während dies auch jetzt der Fall, nur nicht für jeden klar ersichtlich ist.

Wir wöten Hermann Müller glauben, daß sich die Zeiten geändert haben. Aber mit ihnen auch die Menschen. Und so auch die 2. Internationale. Sie ist aus einer Organisation für die Bekämpfung der internationalen Arbeiterklasse vom Joch des Kapitalismus zu einer Organisation geworden, deren Prinzip es ist die Erhaltung der kapitalistischen Ordnung.

Das zeigte auch wieder die Tagung der Exekutive der 2. Internationale. Für die einzelnen nationalen Parteien standen zur Debatte die Interessen der eigenen Bourgeoisie. Eine Einmütigkeit in den einzelnen Fragen konnte nicht erzielt werden.

Vor dergrunde der Tagung stand die nationale Frage und die Arbeiterbewegung der internationalen Revolution. Wie nicht anders zu erwarten war, billigte man die Politik des Imperialismus durch die Mac Donald-Regierung und brachte das in folgender Entschließung zum Ausdruck, bei der sich die

Die Exekutive nimmt die namens der Britischen Arbeiterpartei und namens der Unabhängigen Arbeiterpartei abgegebenen Erklärungen zur Kenntnis (!) und erneuert den Ausdruck ihres Vertrauens, daß es der Arbeiter-Regierung Großbritanniens gelingen werde, den Forderungen der indischen Völker nach Selbstregierung in Uebereinstimmung mit den Grund-

n. Er/satter Friedensvertrag gezogenen Grenzen sind in der Folge